INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 1/1982 – März

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Situation der kapitalistischen Industrieländer ist mit Ausnahme von Japan weiterhin durch krisenbedingte Stagnationserscheinungen geprägt. Allein in Japan, wo es im Verlauf von 1981 lediglich zu einer Wachstumsverlagerung gekommen war, hat sich die Produktionstätigkeit zuletzt wieder verstärkt. Gewisse Stabilisierungsansätze sind auch in Frankreich sichtbar, wo sich die auf eine Konsumbelebung zielenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen der neuen Regierung positiv bemerkbar machen. Allerdings kann von einer Überwindung der Krise auch dort noch nicht gesprochen werden. In den USA hat sich zum Jahresanfang 1982 der Produktionsrückgang erneut verschärft, bescheidene Hoffnungen auf eine Stabilisierung haben sich zunächst nicht erfüllt. Eine herbe Enttäuschung brachten die letzten Monate auch für die Wirtschaftslage Großbritanniens mit sich. Mit Ausnahme des expandierenden Erdölsektors fiel die Industrieproduktion nach einer gewissen Stabilisierung im Herbst wieder zurück.

Die Hoffnungen auf eine wirtschaftliche Belebung der kapitalistischen Weltwirtschaft bis zur Jahresmitte 1982 sind daher sehr bescheiden, für das ganze Jahr 1982 wird mit einem leichten Anstieg der Wirtschaftsleistung um nur ein Prozent gerechnet. Die Situation in der Bundesrepublik ist weiterhin von Stagnation der Produktion geprägt. Diese Phase hält mithin schon ein Jahr an, ohne daß für die nächsten Monate eindeutige Belebungstendenzen sichtbar wären. Zum Jahresende war vielmehr ein leichter Produktionsrückgang zu verzeichnen.

Die konjunkturelle Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft verläuft gegenwärtig so chaotisch, daß alle bisherigen Verlaufsmuster kapitalistischer Krisen über den Haufen geworfen werden. In den USA gab es in den letzten Jahren hektische Auf- und Abschwünge, eingeleitet durch eine lange Stagnationsphase. In der Bundesrepublik verharrt die Produktion seit über einem Jahr auf dem Krisenniveau. Großbritannien befindet sich bereits in seinem dritten Krisenjahr.

Die Stagnation in der Bundesrepublik ist Ergebnis zweier völlig auseinanderlaufender Grundtendenzen. Im Export wurden und werden weiterhin jeden Monat Rekordüberschüsse registriert, die Nachfrage expandiert im Auslandssektor der westdeutschen Wirtschaft noch immer kräftig. Dementgegen bleibt die Inlandskonjunktur offensichtlich vom Exportsog nahezu unbeeinflußt. Die Inlandsnachfrage sinkt, insbesondere der private Verbrauch ist schon über ein Jahr rückläufig.

Die außenwirtschaftlichen Probleme, insbesondere das vielbeklagte Leistungsbilanzdefizit scheinen gegenwärtig nahezu gelöst. Für 1982 wird allgemein wieder eine ausgeglichene Leistungsbilanz erwartet. Entgegen der offiziellen Darstellung scheint dies aber keine der inneren ökonomischen Schwierigkeiten einer Lösung näherzubringen.

Wirtschaftspolitisch wird die Orientierung auf Hochzinspolitik und Sozialleistungsabbau nicht aufgegeben. Die Vorlage des „Beschäftigungsprogramms" durch die Bundesregierung unterstreicht, daß der Kurs auf Unternehmersubventionen bei Leistungskürzungen im sozialen Bereich beibehalten wird. Die Bundesbank, die im vergangenen Jahr ihre restriktive Zinspolitik ausschließlich mit dem Leistungsbilanzdefizit begründet hatte, unternimmt nichts, um das Zinsniveau zu senken.

Die Arbeitslosigkeit hat schon gegenwärtig einen Umfang erreicht, wie er noch vor kurzer Zeit von den pessimistischsten Prognostikern erst für 1985 erwartet worden war. Während mindestens bis 1988 das Angebot an Arbeitskräften aus demographischen Gründen weiter zunehmen wird, sinkt die Zahl der angebotenen Arbeitsplätze. Die Arbeitslosigkeit kann gegenwärtig nicht mehr als Problem von „Randgruppen" heruntergespielt werden, immer mehr werden auch qualifizierte Facharbeiter betroffen. In verschiedenen industriellen Zentren Nordrhein-Westfalens und des Saarlands steigen die Arbeitslosenquoten auf über zehn Prozent. Seit Anfang 1980 meldeten sich bei den Arbeitsämtern mehr als vier Millionen Menschen arbeitslos – etwa jeder fünfte Arbeiter oder Angestellte hat also bereits frische persönliche Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit. Der bei der Bundesregierung bisher unvermeidliche Hinweis auf die Nachbarländer, in denen alles noch viel schlimmer sei, verliert an Glaubwürdigkeit. Denn mit einer Arbeitslosenquote von 8,2 Prozent im Januar 1982 kann sich die Bundesrepublik nun auch mit Ländern wie Frankreich oder Italien durchaus messen.

Die konjunkturellen Perspektiven der nächsten Monate versprechen ebenfalls keine Minderung der Probleme. Zwar konnte zuletzt eine leichte Verbesserung der Kapazitätsauslastung verzeichnet werden, andererseits aber deuten andere Faktoren auf eine anhaltende Stagnation hin. Sinkende Realeinkommen – das dritte Jahr nacheinander – drohen die private Nachfrage weiter zu beschneiden. Im Export wirken zwar noch immer expansive Faktoren, es muß aber angesichts anhaltender Stagnationserscheinungen im Kapitalismus mit einer Abschwächung der positiven Impulse gerechnet werden. Bei den Investitionen dürften die verschiedenen Förderungsmaßnahmen – darunter die Investitionszulage – zeitweilig belebend wirken, eine dauerhafte Steigerung der Investitionsnachfrage ist jedoch kaum zu erwarten. Die beschleunigte Rationalisierung wird vielmehr mittelfristig die Beschäftigungsprobleme und damit auch die Probleme der öffentlichen Haushalte vergrößern. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, daß schon in absehbarer Zeit neue Haushaltslöcher auftauchen.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft 1981
1.2 Sozialprodukt
1.3 Produktion
1.4 Investitionen
1.5 Außenwirtschaft

2 Unternehmergewinne und Konzentration

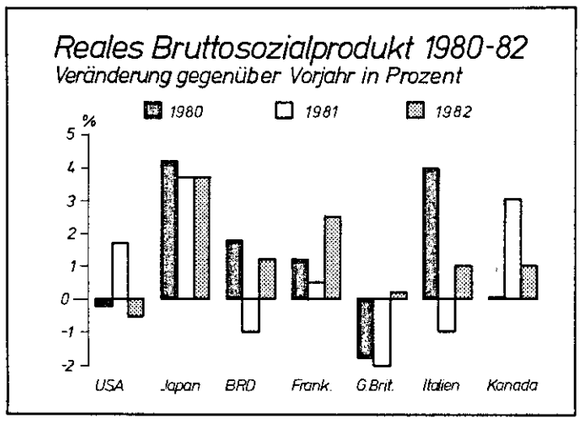
2.1 Unternehmergewinne
2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter
3.2 Steuern
3.3 Preise
3.4 Einkommensverteilung
3.5 Tarifaktionen
3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft 1981

Für die kapitalistische Weltwirtschaft war 1981 wieder ein enttäuschendes Jahr: Wie im Vorjahr nahm das Bruttosozialprodukt (BSP) zu konstanten Preisen der OECD-Länder insgesamt nur um ein Prozent zu, die Arbeitslosigkeit stieg von 23 auf 27 Millionen an, was einer Arbeitslosenquote von 7,5 Prozent entspricht. Die Inflation zeigte lediglich eine leichte Verlangsamung: Die Teuerungsrate der Verbraucherpreise ist von 11 Prozent auf 9,5 Prozent zurückgegangen.



Was die Entwicklung des BSP betrifft, so prognostiziert die OECD für das laufende Jahr eine Zunahme von circa ein Prozent im Durchschnitt; sie erwartet außerdem, daß die Wirtschaftsbelebung im 2. Halbjahr einsetzen wird und im 1. Halbjahr 1983 eine Steigerung von drei bis vier Prozent auf Jahresrate erreicht. Der seit zwei Jahren von der OECD immer wieder angekündigte Wiederaufstieg soll also 1982 endlich eintreten: In ihrem Halbjahresbericht „Economic Outlook" war erst Ende 1980 die Rede von einer „Perspektive des Wiederaufschwungs", im Juli 1981 wurde diese dann zu einem „verspäteten Wiederaufstieg", und im vorigen Dezember hieß es schließlich fast resignierend „Der langsame Weg zum Wiederaufschwung". Tatsache ist, daß die kapitalistische Weltwirtschaft seit nunmehr drei Jahren stagniert, eine Entwicklung, die in den letzten dreißig Jahren beispiellos ist.

Die enttäuschende Wirtschaftsentwicklung ist in erster Linie auf den Rückgang der Bruttokapitalbildung in fast allen entwickelten kapitalistischen Ländern zurückzuführen. Auf den Ablauf der Geamtinvestitionen wirken negativ sowohl die sehr hohen Zinssätze auf die Kredite zur Finanzierung des Wohnungsbaus als auch die Neigung der Unternehmen, den Schwerpunkt auf Rationalisierungs- und arbeitssparende Investitionen statt auf Erweiterungsinvestitionen zu legen.

Die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen weist nur in Japan und in der BRD eine starke Expansion auf. In Japan wird sie 1981-82 voraussichtlich mit einer jährlichen realen Zuwachsrate von zwölf Prozent steigen, im Vergleich zu einer Zunahme von nur zwei Prozent bei der Binnennachfrage; in der BRD soll der Export in einem Tempo von sieben Prozent zunehmen, gegenüber einem Rückgang der Binnennachfrage. In diesen beiden Ländern ist der von der zweiten Verteuerung des Erdöls eingeleitete Anpassungsprozeß der Wirtschaftsstruktur durch eine verstärkte Aggressivität auf dem Weltmarkt gekennzeichnet, obwohl die Weltnachfrage 1981-82 nur eine gemäßigte Erholung (drei bis vier Prozent) aufweisen dürfte.

Wie aus der Tabelle hervorgeht, hat die Industrieproduktion im Vorjahr in fast allen sieben Ländern eine uneinheitliche Entwicklung gezeigt. In den USA ist auf eine Beschleunigung der Produktion im 2. und 3. Quartal eine rezessive Phase gefolgt, die bis in das laufende Halbjahr fortwirken dürfte.

Die schwerwiegendsten Folgen der derzeitigen bedrückenden Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft treten auf dem Arbeitsmarkt auf: Für den ganzen OECD-Raum soll sich 1982 die Zahl der Arbeitslosen auf 28,5 Millionen belaufen, zwei Millionen mehr, als noch

Veränderung der Industrieproduktion 1980–1981 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1980	1981[1]			
		Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.[2]
USA	−3,6	+3,0	−0,6	+5,6	+7,6	−1,5
Japan	+6,8	+2,5	+1,3	+0,8	+4,1	+5,0
BRD	—	−1,0	−2,5	−0,9	−0,9	−0,5
Frankreich	—	−3,8	−6,7	−4,3	−2,2	−1,5
Groß-britannien	−7,0	−6,0	−8,9	−6,4	−1,9	−0,5
Italien	+5,1	−2,5	−4,3	−4,5	−1,1	−1,5
Kanada	+0,3	+3,0	+2,6	+4,5	+3,3	+1,5

1 Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators", lfd.)

im letzten Sommer von der OECD selbst prognostiziert worden war; das entspricht einer Arbeitslosenquote von acht Prozent gegenüber fünf Prozent im Jahr der Wirtschaftskrise 1975. Allein in den sieben größten kapitalistischen Industrieländern waren in der 2. Hälfte 1981 fast 20 Millionen Menschen erwerbslos: In all diesen Ländern lag die Zahl der Arbeitslosen höher als ein Jahr zuvor; in den letzten Monaten hat die Arbeitslosigkeit in Großbritannien die 3-Milionen-Marke überschritten und damit ein Niveau erreicht, das man bisher nur aus der großen Weltwirtschaftskrise 1929-32 kannte.

Arbeitslosigkeit 1975, 1980–81 in 1000 in den größten kapitalistischen Industrieländern

	1975	1980[1]		1981[1]	
		Jahr	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.[2]
USA	7830	7449	7099	7909	7844	8200
Japan	2000	2300	2100	2450	2550	2600
BRD	1074	889	833	966	1158	1400
Frankreich	840	1451	1426	1468	1795	1850
Groß-britannien	929	1668	1435	1860	2405	2700
Italien	1300	1698	1711	1688	1860	2050
Kanada	690	867	870	865	851	950
Zusammen	14663	16322	15474	17206	18463	19750

1 Saisonbereinigte Angaben für Halbjahre
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators", lfd.)

Ursache der ernsten Lage am Arbeitsmarkt ist außer der allgemeinen Stagnation der zahlungsfähigen Nachfrage der mit der Einführung neuer Technologien verbundene Umstrukturierungsprozeß der Industrie. In einem Bericht des Internationalen Arbeitsamtes in Genf wurde 1979 auf die negativen Gesamtauswirkungen der Mikroelektronik auf den Arbeitsmarkt im hochentwickelten Kapitalismus hingewiesen: „Zweifellos wird die größte Herausforderung für die Fähigkeit der europäischen Länder, ihre Beschäftigungsstruktur den neuen Gegebenheiten anzupassen, weiterhin eher von technologischen Veränderungen als von Verschiebungen im Welthandel ausgehen. Von besonderem Interesse sind die jüngsten und zukünftigen Entwicklungen im Bereich der Mikroelektronik, die zu Veränderungen in der Beschäftigungsart und -struktur von bisher ungekanntem Ausmaß führen können. (...) Die Schlußfolgerung scheint zu sein, daß es, während die Nettoauswirkungen auf das Beschäftigungsvolumen in dieser Phase ungewiß sind, eher zu einer Verringerung der Gesamtbeschäftigung als zu einem vollen Ausgleich zwischen dem Verlust von Arbeitsplätzen in einigen Bereichen und einer Zunahme in anderen Sektoren kommen wird." (Vgl. Report of the International Labour Office, **Growth, Structural Change and Manpower Policy, the Challenge of the 1980s,** Genf, 1979, S. 89–90.)

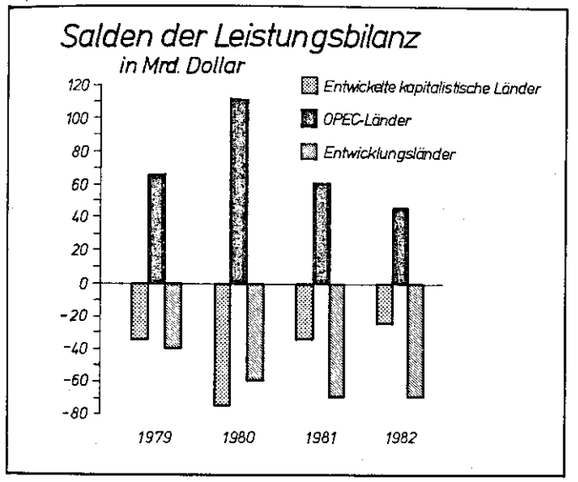
Wie die Tabelle zeigt, hat sich das Inflationstempo in einigen Ländern 1981 verlangsamt, aber abgesehen von Japan und der BRD, ist die Zunahme der Lebenshaltungskosten nach wie vor zweistellig. Die Entwicklung der Verbraucherpreise wurde von dem rückläufigen Verlauf der Weltmarktpreise für Rohstoffe günstig beeinflußt: Der Gesamtindex (ohne Energierohstoffe) ist im Vorjahr um 13 Prozent zurückge-

Veränderung der Lebenshaltungskosten 1980–1981 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1980	1981				
		Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.[1]
USA	13,5	11,0	11,9	9,7	10,8	10,0
Japan	7,7	5,0	6,5	4,9	4,2	4,0
BRD	5,5	6,0	5,7	5,6	6,1	6,5
Frankreich	13,6	13,5	12,6	12,9	13,6	14,0
Groß-britannien	18,4	12,0	13,0	11,7	11,3	12,0
Italien	21,2	18,5	19,6	20,3	19,0	18,0
Kanada	10,1	12,5	12,2	12,5	12,7	12,5

1 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators", lfd.)

gangen. Da für das laufende Jahr wieder eine steigende Tendenz dieser Preise vorausgesagt wird, wird von dieser Seite keine dämpfende Wirkung auf die Inflation ausgehen.



1981 ist der Anpassungsprozeß der Leistungsbilanz zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern und den OPEC-Ländern deutlich vorangetrieben worden; er ist damit viel ausgeprägter gewesen, als es die OECD im vergangenen Sommer prognostiziert hatte, die damals nur eine Verminderung von knapp zehn Miliarden Dollar sowohl des Gesamtdefizits der entwickelten kapitalistischen Länder als auch des Überschusses der OPEC-Länder vorhergesehen hatte. Diese Entwicklung ist hauptsächlich dem Rückgang der Warenausfuhr der OPEC-Länder um 30 Milliarden Dollar zwischen 1980 und 1981 zuzuschreiben, der mit der Abnahme des Rohölverbrauchs der kapitalistischen Industrieländer verbunden war. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich die Verbesserung der Zahlungsbilanz der entwickelten kapitalistischen Länder auf die sieben größten Länder beschränkt hat, deren Fehlbetrag in der Tat auf knapp drei Milliarden geschrumpft ist. Indessen hat sich die defizitäre Lage der Entwicklungsländer weiter verschlechtert. Für das laufende Jahr rechnet die OECD mit einer Fortsetzung der 1981 in den drei Ländergruppen verzeichneten Entwicklung.

1.2 Sozialprodukt

Das Bruttosozialprodukt (BSP) der Bundesrepublik, das als wichtigster Indikator für die Leistungskraft eines Landes gilt, ist im Jahre 1981 leicht zurückgegangen – zum dritten Mal in der Wirtschaftsgeschichte des Landes. Einen Rückgang hatte es bisher nur 1967 und 1975 gegeben. Damit haben sich die Prognosen vom Jahreswechsel 1980/81, die eine Stagnation bzw. einen leichten Rückgang des BSP vorhergesagt hatten, scheinbar bestätigt. Nur der Sachverständigenrat hatte noch einen Zuwachs erwartet – und mal wieder danebengetippt.

Allerdings ist die Übereinstimmung zwischen Prognose und Realität nur ein statistischer Zufall: Die Prognosen hatten allgemein mit einer deutlichen Belebung der Wirtschaft zur Jahresmitte 1981 gerechnet, die ausgeblieben ist. Keines der Institute oder der Prognostiker hatte mit einer derart anhaltenden Stagnation gerechnet. Auch war allgemein mit einem steigenden privaten Verbrauch und stagnierenden Exporten gerechnet worden – tatsächlich aber ging der private Verbrauch zurück während die Exporte kräftig anstiegen.

Wachstumsprognosen und Realität[1]

	Prognose 1981	Prognose 1982
Bundesregierung[2]	0/−1	+1/+1,5
Sachverständige	+0,5	+0,5
Gemeinschaftsgutachten[3]	−1,5	+1,0
OECD[4]	−0,3	+1,25
Realität 1981	−0,3	—

1 Veränderung des realen BSP in % gegenüber Vorjahr
2 Jahreswirtschaftsbericht
3 Herbstgutachten 1980 der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute
4 Organisation der kapitalistischen Industrieländer
(Quelle: Presseberichte)

Der Rückgang des BSP ist mit 0,3 Prozent geringfügig gewesen, im Jahresverlauf war eigentlich mit einem stärkeren Rückfall gerechnet worden. Allerdings ist einschränkend zu bemerken, daß es sich dabei nur um eine vorläufige Rechnung handelt, die Ergebnisse für November und Dezember sind bis jetzt nur geschätzt. Teilweise ist dieser nur geringfügige Rückgang auch eine Folge der Berechnungsweise des BSP. So verzeichneten die Bereiche der materiellen Warenproduktion einen deutlichen Produktionseinbruch: Die Bruttowertschöpfung im warenproduzierenden Gewerbe und bei Handel und Verkehr ging um 1,3 bzw. 1,8 Prozent zurück, während Dienstleistungsunternehmen und Staat um 3 bzw. um 1,9 Prozent expandierten. Die Beiträge dieser Sektoren zum BSP sind jedoch teilweise fiktiv: So erhöht z. B. die Vergrößerung der Polizei oder der Armee rein rechnerisch das BSP um die entsprechenden zusätzlichen Personalkosten – gesellschaftliche Verschwendung erscheint so als zusätzliche Produktionsleistung.

Auf der Nachfrageseite wurde die Entwicklung des BSP einerseits vom privaten Verbrauch, andererseits vom Export bestimmt.

Bruttosozialprodukt 1981

	In jeweiligen Preisen		In Preisen von 1970	
	Mrd. DM	in %[1]	Mrd. DM	in %[1]
Bruttosozialprodukt	1549	+ 3,8	894	−0,3
Privater Verbrauch	862	+ 4,9	494	−1,1
Staatsverbrauch	325	+ 6,9	159	+1,9
Anlageinvestitionen	355	+ 1,2	206	−2,9
Ausfuhr	492	+14,3	297	+8,5

1 In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/82, S. 13)

Die überragende Bedeutung des privaten Verbrauchs ergibt sich aus seinem quantitativen Gewicht für die Gesamtnachfrage: Sein Anteil liegt bei 56 Prozent. Daher ist die Hauptursache der anhaltenden Krisenerscheinungen im Rückgang der privaten Nachfrage zu suchen, einer in der Geschichte der Bundesrepublik bisher einmaligen Erscheinung.

Dieser Rückgang konnte in seinen Auswirkungen auf die Konjunktur auch durch die unerwartet starke Expansion der Auslandsnachfrage nicht aufgefangen werden – ein Beleg, daß die Entwicklung der Inlandsmärkte immer noch von entscheidender Bedeutung für die wirtschaftliche Situation ist.

Die Staatsausgaben sind ebenfalls weiter angestiegen, weit stärker als ursprünglich geplant. Zugenommen haben vor allem die Zinsausgaben, eine Folge der höheren Staatsverschuldung und der von der Bundesbank betriebenen Hochzinspolitik. Auch die Transferzahlungen an private Haushalte wuchsen erneut, vor allem die Bundesanstalt für Arbeit benötigte wachsende Zuschüsse.

Dagegen hat sich die Hoffnung auf eine stabile Investitionstätigkeit nicht in vollem Umfang erfüllt. Zwar konnte ein Einbruch vermieden werden, der verzeichnete Rückgang trug aber ebenfalls zur Destabilisierung bei.

Die Prognosen für 1982 gehen von einem Zuwachs des BSP um ein bis eineinhalb Prozent aus. Dabei wird angenommen, daß die erwartete Belebung nun zur Jahresmitte 1982 einsetzt. Dafür sind allerdings bis jetzt kaum Anzeichen sichtbar: Die private Nachfrage wird nur bei Erfolgen in der Tarifbewegung 1982 wieder ansteigen. Dagegen wird sich die öffentliche Nachfrage infolge der Sparmaßnahmen nur noch geringfügig erweitern, die Investitionen sind weiter rückläufig. Die im Rahmen des „Beschäftigungsprogramms" beschlossenen Investitionszulagen dürften verschiedentlich zu einem zeitlichen Vorziehen von Investitionen führen, kaum aber eine durchschlagende Belebung auslösen. Die Exporte werden voraussichtlich weiter anwachsen, allerdings in verlangsamtem Tempo. Gewisse konjunkturstabilisierende Auswirkungen wird die Lagerbildung haben: Nachdem die Unternehmen ihre Vorräte 1981 abgebaut hatten, wird nun eine gewisse „Normalisierung" der Vorratsbildung eintreten. Dies hängt allerdings auch in erheblichem Umfang vom Zinsniveau ab, da die Läger in der Regel durch Kredite finanziert werden. Ohne eine Lockerung der Hochzinspolitik werden die Impulse hieraus gering bleiben.

Alle diese Momente deuten insgesamt eher auf eine anhaltende Stagnation in den nächsten Monaten hin, weder ein erneuter Produktionsrückgang noch eine deutliche Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten ist wahrscheinlich.

1.3 Produktion

Die Erzeugung im produzierenden Gewerbe hat sich im ganzen abgelaufenen Jahr 1981 nur wenig verändert. Im Verlauf der andauernden zyklischen Krise ging sie vom Vorkrisenstand im ersten Vierteljahr 1980 bis zum letzten Vierteljahr 1980 um etwa fünf Prozent zurück. Seither stagniert die Produktion auf dem niedrigen Niveau, bei teilweise erheblichen monatlichen Schwankungen.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe[1]

1980				1981			
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
113	110	108	107	108	108	108	106

1 Index 1976 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistische Beihefte, Reihe 4, lfd.)

Im Zweimonatszeitraum November/Dezember hat es allerdings gegenüber September/Oktober einen Rückgang um 1,5 Prozent gegeben, was vor allem auf einen Produktionseinbruch im Baugewerbe zurückzuführen war.

Im Vorjahrsvergleich gibt es nur wenig Veränderungen, etwa seit der Jahresmitte 1981 liegt die Produktion knapp auf Vorjahreshöhe.

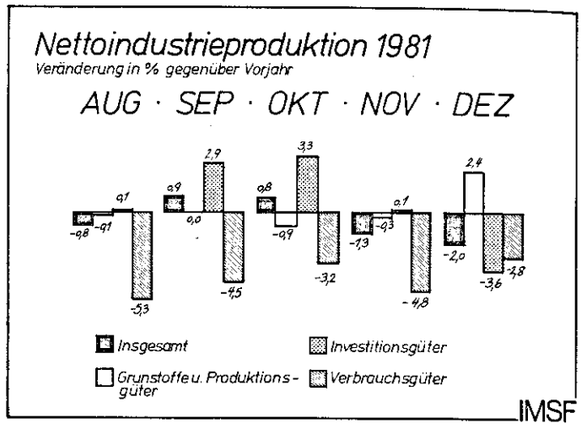
Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes[1]

	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Insgesamt	−0,8	+0,9	+0,8	−1,3	−2,0
Grundstoffe und Produktionsgüter	−0,1	0,0	−0,9	−0,3	+2,4
Investitionsgüter	+0,1	+2,9	+3,3	+0,1	−3,6
Verbrauchsgüter	−5,3	−4,5	−3,2	−4,8	−2,8

1 1977/78 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd., S. 65*)

Merkmal der Wirtschaftslage bleibt die Kluft zwischen Inlands- und Auslandsnachfrage, gleichzeitig zwischen Investitionsgüter- und Verbrauchsgüterkonjunktur. Nach wie vor entwickelt sich die Investitionsgüterproduktion für den Export außergewöhnlich positiv, während die vorwiegend inlandsbestimmte Konsumgütererzeugung weiter rückläufig ist.

Dies läßt sich vor allem an der Entwicklung der industriellen Auftragseingänge ablesen. Betrachtet man den gesamten Auftragseingang, so konnte in der ersten Jahreshälfte 1981 eine leichte Belebung festgestellt werden, die sich jedoch im zweiten Halbjahr nicht fortgesetzt hat. Insgesamt ist auch hier eine seit Mitte 1980 anhaltende Stagnation



festzustellen. Im Zweimonatszeitraum November/Dezember haben sich die Aufträge gegenüber September/Oktober um 0,5 Prozent erhöht, dies aber allein wegen eines neuen Auftragsschubs aus dem Ausland im November, eine Folge mehrerer Großaufträge.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe[1]

	Insgesamt (1)	Insgesamt (2)	Grundstoffe und Produktionsgüter (1)	Grundstoffe und Produktionsgüter (2)	Investitionsgüter (1)	Investitionsgüter (2)	Verbrauchsgüter (1)	Verbrauchsgüter (2)
Aug.	+ 9,3	+3,9	+12,2	+4,7	+ 8,9	+4,6	+5,3	+0,4
Sept.	+ 7,2	+1,7	+ 8,8	+0,8	+ 8,6	+4,5	+1,0	−3,7
Okt.	+ 1,9	−4,1	+ 3,2	−5,8	+ 1,5	−2,7	+0,9	−4,8
Nov.	+12,4	+6,5	+11,8	+3,6	+14,8	+9,9	+7,1	+1,6
Dez.	+11,5	+5,2	+10,7	+1,9	+13,4	+8,5	+6,5	+0,9

(1) Zu jeweiligen Preisen (2) Preisbereinigt
1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Am Jahresende lagen die Inlandsaufträge real um ein Prozent unter dem Vorjahresniveau, die Auslandsaufträge dagegen um 20 Prozent darüber. Besonders stark profitiert der Investitionsgüterbereich vom Exportsog, aber auch die anderen Wirtschaftszweige erfahren positive Impulse aus dem Auslandsgeschäft.

Auftragseingänge nach Herkunft[1]

Inland	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Aug.	− 2,1	+ 5,2	− 8,4	+ 2,2
Sept.	+ 2,2	+ 4,9	+ 2,5	− 1,4
Okt.	− 5,2	− 0,1	−10,1	− 1,5
Nov.	+ 3,6	+ 8,7	+ 0,6	+ 3,6
Dez.	+ 5,5	—	—	—
Ausland				
Aug.	+37,0	+28,7	+42,8	+25,4
Sept.	+17,9	+17,9	+18,4	+14,8
Okt.	+18,2	+10,8	+22,7	+13,8
Nov.	+31,4	+18,3	+38,0	+26,1
Dez.	+22,8	—	—	—

1 Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Die Erwartung, daß sich mit dem Rückgang des Dollarkurses gegenüber der DM, mit dem Ende der DM-Abwertung, auch die Exportentwicklung abschwächen wird, hat sich bisher nicht bestätigt. Obwohl die starken monatlichen Schwankungen Tendenzaussagen erschweren, ist die Auftragsentwicklung aus dem Ausland im zweiten Halbjahr 1981 weiterhin deutlich aufwärts gerichtet gewesen.

Die Auseinanderentwicklung von Inlands- und Auslandsnachfrage, von Investitionsgüter- und Konsumgüterkonjunktur hat zu einem sehr differenzierten Bild der Branchenkonjunkturen geführt.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen[1]

	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Produzierendes Gewerbe insgesamt	− 0,8	+ 0,9	+ 0,8	− 1,3
Eisenschaffende Industrie	− 8,0	+ 0,9	+ 0,6	+ 3,6
Chemische Industrie	+ 4,8	+ 5,7	+ 5,7	+ 0,7
Maschinenbau	+ 0,5	− 1,9	+ 2,4	− 1,2
Straßenfahrzeugbau	+ 9,6	+ 8,9	+12,8	+11,1
Elektrotechnik	+ 0,8	+ 2,9	− 0,9	− 3,5
EDV-Geräte	−11,7	+16,8	+ 3,1	− 1,3
Textilgewerbe	−12,0	− 9,4	− 6,5	− 6,1
Bekleidungsgewerbe	− 8,9	− 7,4	− 7,0	− 7,5
Bauhauptgewerbe	− 5,4	− 0,5	− 3,1	− 4,9

1 In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsberichte, lfd.)

In der **eisenschaffenden Industrie** dauert die Krise an, die Rohstahlproduktion der Bundesrepublik ging von 43 Millionen Tonnen 1980 auf 41 Millionen 1981 zurück. Die Rohstahlkapazität liegt bei knapp 60 Millionen Tonnen. Anzeichen für eine Belebung bzw. für eine Überwindung der Stahlkrise sind nicht sichtbar, allerdings wird für 1982 gehofft, daß die Produktion dieses Jahres gehalten werden kann. Gewinnmäßig profitiert die Branche von den kräftigen Preiserhöhungen, die auch 1982 planmäßig weitergehen sollen. Dies ist inzwischen bei den Stahlabnehmern auf heftige Kritik gestoßen, insbesondere die Bauwirtschaft befürchtet eine weitere Verschlechterung ihrer Lage als Folge der Stahlpreiserhöhungen.

Dagegen stellt sich die Lage der **chemischen Industrie** vergleichsweise günstig dar. Der expandierende Auslandsabsatz hat für einen leichten Produktionsanstieg um zwei Prozent gesorgt. Verbessert hat sich die Situation bei Chemiefasern, einem „Sorgenkind" der Chemie. Auch hier sorgen kräftige Preiserhöhungen für ein weit über der Produktionszunahme liegendes Umsatzwachstum.

Im **Maschinenbau** wirkt sich die starke Exportorientierung bei rückläufigem Inlandsabsatz günstig aus. Nach einem Produktionsrückgang 1981 kann mit Blick auf hohe Auftragsbestände für 1982 mit einem realen Wachstum gerechnet werden.

Die **Elektroindustrie** profitiert in ihrem Investitionsgüterbereich sowohl vom wachsenden Export als auch vom hohen Niveau der Rationalisierungsinvestitionen. Die Haupttendenz des technischen Fortschritts ist mit einer Expansion vieler elektrotechnischer Investitionsgüter verbunden. Im Gebrauchsgüterbereich dagegen wird für 1982 bestenfalls mit einer Stagnation des Absatzes auf dem 1981 erreichten niedrigen Niveau gerechnet.

In der **Automobilindustrie** hat der Export für eine Stagnation der Produktion auf dem 1980 gesunkenen Niveau gesorgt. Die Zulassungszahlen im Inland sind dagegen um etwa vier Prozent niedriger gewesen als 1980. Allerdings wird für 1982 auf eine Nachfragebelebung auch im Inland gehofft – dafür spricht ein gewisser Nachholbedarf bei Ersatzanschaffungen. Stabilisierend hat sich neben dem wachsenden Export auch der rückläufige Import ausgewirkt: Der Anteil ausländischer (auch japanischer) Modelle am Inlandsmarkt sank von 26 auf 25 Prozent.

Für die **Textil- und Bekleidungsindustrie** ist dagegen noch kein Ende des Abwärtstrends absehbar. In diesen verbrauchsnahen Bereichen wirkt sich nicht nur die sinkende Massenkaufkraft unmittelbar absatzbeschränkend aus, es ist auch der Einfluß billiger Auslandsimporte – zum Teil Reimporte aus den Auslandsniederlassungen der Unternehmen – spürbar.

Die schwere Krise der **Bauwirtschaft** muß als eine wichtige Ursache für die anhaltende Konjunkturschwäche angesehen werden. 1981 ist die Bauleistung um etwa sechs Prozent gesunken, woran vor allem der öffentliche Bau und der Wohnungsbau beteiligt waren. Allerdings ist auch der Wirtschaftsbau rückläufig. Diese Tendenz wird sich im laufenden Jahr fortsetzen, es wird mit einem Rückgang um drei bis vier Prozent gerechnet. Das immer noch hohe Zinsniveau, die restriktive Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand und die Verschlechterung der Förderungsbedingungen im sozialen Wohnungsbau lassen die Perspektiven weiterhin düster erscheinen.

Die Schwäche des Inlandsmarktes, insbesondere des privaten Verbrauchs, spiegelt sich am deutlichsten in der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze wider. 1981 war hier der schärfste Einbruch in der Geschichte der Bundesrepublik zu verzeichnen.

Einzelhandelsumsätze[1]

	nominal	real
1974	+5,5	−1,7
1975	+9,0	+3,4
1976	+7,1	+3,8
1977	+7,2	+3,2
1978	+5,2	+2,8
1979	+6,3	+2,6
1980	+5,6	+0,3
1981	+2,7	−2,5

1 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der deutschen Bundesbank, lfd.)

Betroffen waren vor allem dauerhafte Konsumgüter wie Bekleidung und Hausrat. Allerdings hat auch der Absatz von Nahrungsmitteln nicht mehr zugenommen. Für 1982 wird bestenfalls eine nominale Umsatzzunahme um ein bis zwei Prozent erwartet, d. h. der Absatz wird real weiter sinken.

1.4 Investitionen

Die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit war 1981 deutlich rückläufig. Vor allem die Bauinvestitionen wurden reduziert, aber auch im Ausrüstungsbereich wurden die Investitionsprogramme gekürzt.

Anlageinvestitionen in der Gesamtwirtschaft[1]

	Insgesamt Mrd. DM	Insgesamt %	Ausrüstungen Mrd. DM	Ausrüstungen %	Bauten Mrd. DM	Bauten %
1978	189	+5,1	81	+8,2	108	+2,9
1979	205	+8,4	88	+9,5	116	+7,6
1980	213	+3,7	91	+2,9	122	+4,4
1981	206	−2,9	89	−2,4	118	−3,3

1 In Preisen von 1970
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1982, S. 13)

Scharfe Einbrüche der Investitionstätigkeit waren im Baugewerbe, im Handel (vor allem Einzelhandel), in der Landwirtschaft und beim Staat zu verzeichnen. Dagegen expandierten die Bereiche Energiewirtschaft und Verkehr. Das verarbeitende Gewerbe verzeichnete ebenfalls einen deutlichen Rückgang.

Investitionen im verarbeitenden Gewerbe[1]

1980	1981	1982[2]
+9	−5	−5

1 In Preisen von 1970, Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
2 Pläne laut Ifo-Investitionstest
(Quelle: Ifo-Schnelldienst 35–36/1981, S. 12)

Scharfe Investitionseinbrüche waren vor allem in den unmittelbar verbrauchsabhängigen Bereichen, also im Holz-, Papier-, Druckgewerbe, und im Textil-, Bekleidungs-, Leder- und Nahrungs- und Genußmittelgewerbe zu verzeichnen. Ebenso betroffen sind die direkt von der Bauwirtschaft abhängigen Industriezweige.

Die Perspektiven für die Investitionstätigkeit im laufenden Jahr haben sich etwas verbessert. So konnte im Dezember eine leichte Verbesserung des Auslastungsgrads der Anlagen registriert werden.

Kapazitätsauslastung der Industrie[1]

	März	Juni	September	Dezember
1980	85,9	83,2	80,6	79,9
1981	79,6	78,7	78,3	79,3

1 In Prozent der betrieblichen Vollausnutzung, 1975 Januar, April, Juli, Oktober
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 31/81)

Auch kann davon ausgegangen werden, daß die Umverteilungsmaßnahmen im Rahmen der „Operation '82" und des zum Jahresanfang beschlossenen „Beschäftigungsprogramms" positive Auswirkungen auf die Investitionen haben werden. Vor allem die Erweiterung der degressiven Abschreibungen und die Investitionszulage von zehn Prozent auf Zusatzinvestitionen sind dabei zu nennen.

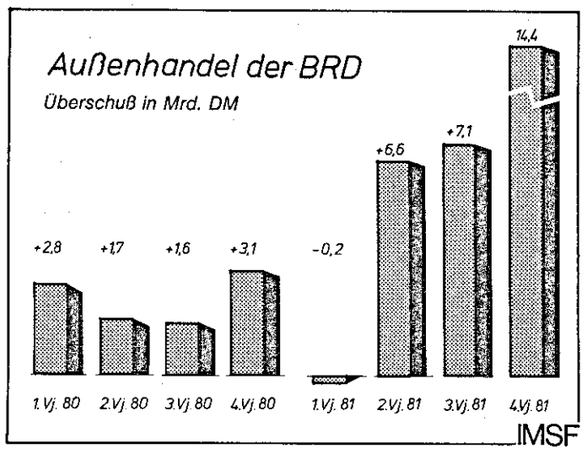
Allerdings ist mit einer dauerhaften Belebung nicht zu rechnen. So sollen 1982 nach den Investitionsplanungen der industriellen Unternehmen nur 19 Prozent der Kapazitätserweiterung dienen. Angesichts der beschränkten Absatzmöglichkeiten dürften sich die investitionsfördernden Maßnahmen hier kaum auswirken. Es ist lediglich zu erwarten, daß Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen zeitlich vorgezogen werden. Schon die 1975 eingeführte zeitlich begrenzte Investitionszulage hatte dazu geführt, daß es zwar zunächst zu einer deutlichen Belebung der Investitionsnachfrage gekommen war, der jedoch nach Ablauf der Geltungsfrist ein scharfer Investitionseinbruch folgte. Da dieser Zusammenhang auch den Investoren bekannt ist, werden zusätzliche Investitionsbestellungen bei den Anbietern von Maschinen und Anlagen keine Erweiterungen nach sich ziehen – selbst wenn es zu einer vorübergehenden Vollauslastung der bestehenden Kapazitäten kommen sollte. So dürften die Auswirkungen der „Investitionszulagen" für Konjunkturverlauf und Arbeitsplätze eher negative Effekte haben. Einerseits beinhaltet die Konzentration von Investitionsbestellungen auf das Jahr 1982 eine zusätzliche Unsicherheit, andererseits wird die beschleunigte Durchführung von Rationalisierungsvorhaben auch beschleunigt Arbeitsplätze vernichten.

Zudem wird die Zulagenregelung zu einer weiteren Differenzierung der Gewinnsituation führen. Einerseits verfügen in der Regel nur große Konzerne über langfristig angelegte Investitionspläne, in deren Rahmen Projekte zeitlich vorgezogen oder gestreckt werden können. Dies aber ermöglicht die Ausnutzung der Investitionszulage. Außerdem wiegt bei kleinen und mittleren Unternehmen die Belastung durch das hohe Zinsniveau weit stärker als bei Großunternehmen. Kleine und mittlere Unternehmen werden daher infolge ihrer beschränkten Finanzkraft oft gar nicht in der Lage sein, gewünschte Investitionen durchzuführen und so die Zulage „mitzunehmen". Es ist also nicht nur so, daß bei der Zulage „Mitnehmereffekte" im Vordergrund stehen werden, diese Subventionen fließen zudem ausgerechnet in den Bereich der Großunternehmen, die ohnehin eine günstige Finanzierungssituation verzeichnen.

Auch die Tatsache, daß dieses Mal – im Gegensatz zu 1975/76 – nur die den Durchschnitt der letzten drei Jahre übersteigenden Investitionsausgaben subventioniert werden, ändert diesen Zusammenhang nicht grundlegend. Dadurch verringern sich zwar einerseits die staatlichen Aufwendungen beträchtlich, andererseits ist der konzentrationsfördernde Effekt aus oben genannten Gründen noch größer.

1.5 Außenwirtschaft

Die Exportzunahme ist die herausragende Erscheinung der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung. Ein ausgesprochener Exportboom, der im zweiten Quartal 1981 einsetzte und immer noch andauert, hat zu einem sprunghaften Anstieg des Überschusses in der Handelsbilanz geführt. Nach einem vergleichsweise niedrigen Ergebnis im Jahre 1980 verdreifachte sich der Aktivsaldo im Jahre 1981.



Diese Entwicklung ist insbesondere deshalb eindrucksvoll, weil noch im ersten Vierteljahr 1981 ein geringfügiges Defizit zu verzeichnen gewesen war. Die außergewöhnliche Expansion der Exporte ist vor allem den steigenden Ausfuhren in die USA und in die OPEC-Länder zu verdanken. Die Ausfuhren in die OPEC-Länder erhöhten sich 1981 um mehr als 50 Prozent, der Anteil am Gesamtexport stieg von 6,5 auf neun Prozent. Das Ifo-Institut nimmt an, daß ohne diese Expansion der Exportüberschuß 1981 um fast zehn Milliarden DM niedriger ausgefallen wäre. Dies ist aber auch ein Argument gegen die Dramatisierung der „Ölrechnung": Ein erheblicher Teil der zusätzlichen Ausgaben für die Mineralölimporte fließt über zusätzliche Industriewarenimporte der ölexportierenden Länder wieder in die Industrieländer zurück.

Allerdings ist auch der Export in die westeuropäischen Industrieländer trotz der dort herrschenden Wirtschaftskrise noch weiter angestiegen.

Begünstigt wurde die Außenhandelsbilanz auch durch die langsame Entwicklung der Importe, volumenmäßig gingen sie um 3,1 Prozent zurück, auch in jeweiligen Preisen lag der Anstieg mit 8,1 Prozent immer noch deutlich niedriger als derjenige der Ausfuhr.

Außenhandel der BRD

	Exporte In Mrd. DM	% [1]	Importe In Mrd. DM	% [1]	Saldo In Mrd. DM	% [1]
1. Vj. 80	88,9	+19,5	86,1	+29,5	+ 2,8	– 64,1
2. Vj. 80	87,5	+11,3	85,8	+19,8	+ 1,7	– 75,7
3. Vj. 80	82,9	+ 8,5	81,3	+11,5	+ 1,6	– 54,3
4. Vj. 80	91,1	+ 6,9	88,0	+ 6,0	+ 3,1	+ 10,7
1. Vj. 81	91,2	+ 2,6	91,4	+ 6,2	– 0,2	—
2. Vj. 81	97,3	+11,2	90,7	+ 5,7	+ 6,6	+ 28,0
3. Vj. 81	98,8	+19,2	91,7	+12,8	+ 7,1	+ 34,4
4. Vj. 81	109,8	+20,5	95,4	+ 8,4	+14,4	+364,5

1 In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Außenhandel der BRD

	Exporte In Mrd. DM	% [1]	Importe In Mrd. DM	% [1]	Saldo In Mrd. DM	% [1]
1975	221,6	– 3,9	184,3	+ 2,5	+37,3	– 26,6
1976	256,2	+15,6	221,6	+20,3	+34,5	– 7,5
1977	273,6	+ 6,6	235,2	+ 5,8	+38,4	+ 11,3
1978	284,6	+ 4,0	243,8	+ 3,7	+40,7	+ 6,0
1979	314,6	+10,5	292,2	+19,9	+22,5	– 44,7
1980	350,3	+11,4	341,3	+16,9	+ 8,9	– 60,3
1981	397,0	+13,3	369,1	+ 8,1	+27,9	+213,5

1 In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/82, S. 45)

Dies bestätigt die hier schon früher vertretene Auffassung, daß die Außenhandelsposition der Bundesrepublik nach wie vor außergewöhnlich stabil ist, daß kein Anlaß besteht, unter Hinweis auf die Exporterfolge einzelner Länder bei einzelnen Produkten („Japan" „Textilimporte") die bundesdeutsche Industrie als generell außenwirtschaftlich gefährdet anzusehen. Dies zu betonen ist auch in der laufenden Lohnrunde wichtig, da mit dem Hinweis auf die angeblich gefährdete internationale Konkurrenzposition der Bundesrepublik für niedrige Tarifabschlüsse plädiert wird.

Die Entwicklung der Exporte und des Außenhandelsüberschusses hat innerhalb kurzer Zeit zu einer kräftigen Reduzierung des vielbeklagten Defizits in der Leistungsbilanz geführt.

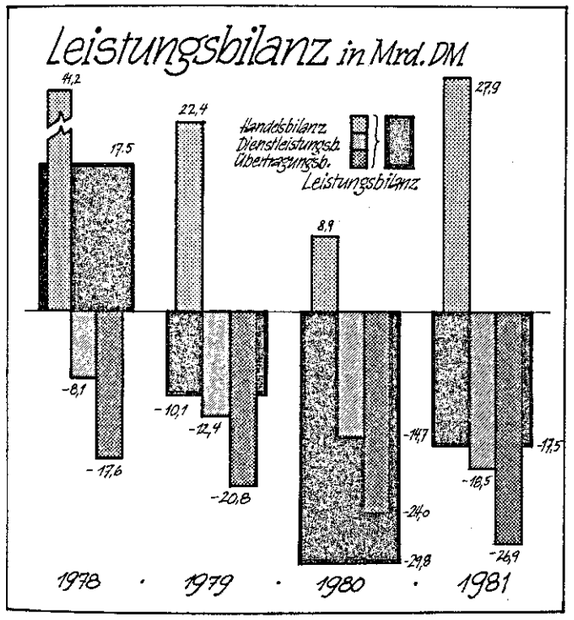
Im letzten Vierteljahr 1981 wurde sogar ein Überschuß erzielt. Bereinigt man die Ziffern im zweiten Halbjahr 1981 um saisonale Einflüsse, so errechnet sich – aufs Jahr bezogen – für 1981 nur noch ein Leistungsbilanzdefizit von etwa zehn Milliarden DM. Allgemein wird nun sogar davon ausgegangen, daß im laufenden Jahr das Defizit völlig verschwinden wird.

Leistungsbilanz

	Handelsbilanz	Dienstleistungsbilanz	Übertragungsbilanz	Leistungsbilanz [1]
1971	+15,9	– 1,8	–11,5	+ 2,9
1972	+20,3	– 3,1	–14,0	+ 2,6
1973	+33,0	– 5,0	–15,6	+12,3
1974	+50,8	– 7,0	–16,1	+26,6
1975	+37,3	– 8,3	–17,9	+ 9,9
1976	+34,5	– 6,6	–18,1	+ 9,7
1977	+38,4	–10,8	–17,9	+ 9,8
1978	+41,2	– 8,1	–17,6	+17,5
1979	+22,4	–12,4	–20,8	–10,1
1980	+ 8,9	–14,7	–24,0	–29,8
1981	+27,9	–18,5	–26,9	–17,5

1 Mrd. DM, Zusammenfassung von Handels-, Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Diese Entwicklung ist auch deshalb bedeutsam, weil das Defizit der Leistungsbilanz – in Überbewertung dieser Ziffer – propagandistisch ein Kernpunkt in der Argumentation der Bundesregierung und der Bundesbank für eine restriktive, sozialreaktionäre Wirtschaftspolitik ist. Insbesondere die Hochzinspolitik der Bundesbank ist im letzten Jahr ausschließlich mit der Behauptung begründet worden, nur hohe Zinsen könnten zu einem Ausgleich des mit dem Leistungsbilanzdefizit verbundenen Devisenabfluß führen. Auch die „Operation '82" war nach dem „Weltwirtschaftsgipfel" im Juni 1981 von Bundeskanzler Schmidt mit dem Hinweis auf die Hochzinspolitik der USA begründet worden,



der wegen des Defizits in der Leistungsbilanz auch in der Bundesrepublik gefolgt werden müsse. Man darf gespannt sein, welche wirtschaftlichen „Notwendigkeiten" nun angeführt werden, nachdem die Leistungsbilanz auf einen Ausgleich hinsteuert.

Die Verringerung des Defizits ist um so bemerkenswerter, als einige Faktoren gegenläufigen Einflusses sich verstärkt haben. So ist das Defizit in der Übertragungsbilanz vor allem als Folge der gewachsenen Nettozahlungen an die EG gestiegen, die mit 6,5 bis sieben Milliarden DM um mehr als zwei Milliarden DM höher waren als 1980. In der Dienstleistungsbilanz fielen vor allem die negativen Auswirkungen der Kapitalertragsbilanz ins Gewicht: Während 1980 die Bundesrepublik per Saldo noch drei Milliarden DM an Kapitalerträgen einnehmen konnte, war im Jahre 1981 ein Abfluß von vier Milliarden DM zu verzeichnen. Dies ist vor allem die Folge der Tatsache, daß im vergangenen Jahr verstärkt Auslandskredite aufgenommen worden waren, für die entsprechend Zinsen gezahlt werden müssen. Vor allem der Bund nahm erstmals in großem Umfang Auslandskredite auf, so daß die Zinszahlungen des Bundes an ausländische Kreditgeber von 260 Millionen DM im Jahre 1980 auf 2,7 Milliarden DM 1981 anstiegen.

Dagegen erhöhte sich das Defizit beim Reiseverkehr kaum noch: Während die Bundesrepublik vor allem für Touristen aus den USA als Reiseland interessant wurde, reagierten die Bundesdeutschen auf die wechselkursbedingte Verteuerung der Auslandsreisen und die Verschlechterung ihrer Einkommenslage mit einer Reduzierung der Ausgaben.

Eine große Bedeutung für die Entwicklung der außenwirtschaftlichen Verhältnisse hatten die Schwankungen des Wechselkurses der DM. So war am Jahresbeginn 1981 eine Abwertung der DM gegenüber den meisten wichtigen Währungen zu verzeichnen gewesen; ein Faktor, der einerseits die Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik begünstigt hatte, andererseits aber wegen der Verteuerung der Importe die Außenhandelsbilanzen zunächst negativ beeinflußte. Gegenüber den meisten westeuropäischen Ländern hatte sich die Tendenz zur Abwertung der DM schon im Frühjahr wieder umgekehrt. Gegenüber dem Dollar hatte der Abwertungstrend zunächst bis August angehalten, es war dann in den folgenden Monaten wieder zu einer deutlichen Verbesserung des DM-Kurses auch gegenüber dem Dollar gekommen. Zum Jahreswechsel trat eine erneute Wende ein; bis zum Abschluß dieses Berichtes verstärkte sich wieder eine gewisse Abwertungstendenz der DM gegenüber dem Dollar. Insgesamt bleibt also eine erhebliche Wechselkursunsicherheit bestehen, bei häufigen Schwankungen und Tendenzänderungen.

Es bleibt allerdings festzuhalten, daß der Einfluß kurzfristiger Schwankungen der Wechselkurse auf die Grundtendenz der Außenhandelsströme nicht überschätzt werden darf. Für die Bundesrepublik bleibt die Tatsache bedeutsam, daß sie über eine im internationalen Vergleich relativ niedrige Inflationsrate verfügt, die die Auswirkungen einer Wechselkursverschiebung oft kompensieren kann. So sollte im Auge behalten werden, daß bei stabilem Wechselkurs der Preisvorteil der Bundesrepublik als Folge der Inflationsdifferenzen ständig wächst. So entspricht z.B. die Differenz der Inflationsraten zwischen Frankreich und der Bundesrepublik von etwa acht Prozent preismäßig einer Abwertung der DM um den gleichen Prozentsatz. Daher bemüht sich die Bundesrepublik, im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS) Abwertungen anderer Währungen möglichst zu verhindern – dies sichert den bundesdeutschen Exporteuren hohe Profite und Marktanteile. Eine Folge der nun wieder bestimmenden Aufwertungstendenz für die DM seit der Jahresmitte ist die Verbesserung der internationalen Austauschverhältnisse, der „Terms of Trade". Sie geben an, wie sich das Preisverhältnis von Ein- und Ausfuhr verschiebt. Die „Terms of Trade" steigen, wenn die Exportpreise rascher steigen als die Importpreise und umgekehrt.

Terms of Trade [1]

1978	1979	1980	Aug. 81	Sept. 81	Okt. 81	Nov. 81
102,7	96,4	90,2	81,3	85,4	86,9	86,5

1 Index 1976 = 100
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

Im zweiten Halbjahr 1981 sind die Importpreise sogar zurückgegangen, während die Exportpreise weiter angestiegen sind.

2 Unternehmergewinne und Konzentration

2.1 Unternehmergewinne

Die Unternehmergewinne sind im abgelaufenen Jahr deutlich zurückgegangen. Dies ist allerdings nicht die Folge zu hoher Kosten, wie von Unternehmer- und Regierungsseite behauptet wird. Der mit einer Krise verbundene scharfe Absatzrückgang erhöht zwar rein rechnerisch die Stückkosten, weil diese nicht entsprechend der gedrosselten Produktion reduziert werden können (Stichwort „Fixkosten"). Sie würden bei einer besseren Auslastung der Produktionsmöglichkeiten jedoch wieder stark zurückgehen. Dies zu unterstreichen ist deshalb wichtig, weil

die wirtschaftspolitische Therapie damit in engem Zusammenhang steht: Gelänge es, die Produktionsziffern durch Steigerung der Nachfrage wieder zu erhöhen, so würden die Stückkosten selbst dann sinken, wenn die Löhne und Gehälter erhöht würden. Umgekehrt würde der Versuch, die Stückkosten durch Senkung der Löhne und Gehälter, also auch der Nachfrage, zu drücken, ohne den gewünschten Erfolg bleiben: Der damit verbundene Absatzrückgang würde die Stückkosten eher weiter ansteigen lassen.

Im übrigen ist zu bemerken, daß der Rückfall der Gewinne global nur geringfügig geblieben ist. Außerdem stiegen die Gewinne schon in der zweiten Jahreshälfte 1981 wieder an, und zwar stärker als die Nettolöhne und -gehälter. Saisonbereinigt stiegen die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im dritten und vierten Quartal 1981 um drei bzw. dreieinhalb Prozent gegenüber den Vorquartalen an, während die Bruttolöhne und -gehälter sich nur um eineinhalb bzw. ein Prozent erhöhten. Für die Unternehmer beginnt sich die Krise nun schon in ihrer Spätphase auszuzahlen.

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen[1]

	1979	1980	1981	2. Hj. 1981[2]	1. Hj. 1982[2]
Brutto	+ 9,1	+2,5	−1,1	+3,5	+10,0
Netto	+11,6	+3,7	0,0	+6,0	+12,0
Zum Vergleich: Nettolöhne	+ 7,9	+6,4	+3,9	+3,0	+ 1,5

1 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
2 Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)
(Quellen: Wirtschaft und Statistik, lfd.; DIW-Wochenbericht 1/82)

Nun ist bekannt, daß die statistische Kategorie der „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" nur mit Einschränkungen Rückschlüsse auf die Unternehmergewinne zuläßt.

Daher sind einige zusätzliche Informationen notwendig. Die Bundesbank malt im Gegensatz zu den Globalzahlen der Tabelle die Gewinnsituation der Unternehmen selbst in den düstersten Farben. Sie spricht von einer „Gewinnkompression", die allein 1981 zehn Prozent betragen habe und erst gegen Jahresende 1981 gestoppt werden konnte.

Diese ebenfalls globalen Angaben scheinen in einem deutlichen Widerspruch zu verschiedenen anderen Indikatoren zu stehen. So ermittelte das Statistische Bundesamt für die börsennotierten Aktiengesellschaften (456 Gesellschaften) eine kaum verminderte Dividende. Selbst wenn man davon ausgeht, daß die Gesellschaften in ihrer Dividendenpolitik eine gewisse Kontinuität sichern wollen, fällt auf, daß es 1981 nur einen geringfügigen Dividendenrückfall gegeben hat.

Dividenden[1]

	Dividende	Rendite[2]
1977	15,28	4,06
1978	19,07	4,69
1979	19,38	5,44
1980	21,41	6,01
1981	20,16	5,83
März	20,75	5,82
Juni	19,85	5,26
September	20,08	5,77
Dezember	20,16	5,83

1 DM je 100-DM-Aktie, einschließlich Steuergutschrift
2 Dividende zu Grundkapital
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/82, S. 52)

Zwar gingen die Dividenden 1981 um fünf bis sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück, blieben aber deutlich über dem Niveau der Vorjahre. Außerdem wird sichtbar, daß es bereits im zweiten Halbjahr 1981 wieder einen Dividendenanstieg gegeben hat. Die Aussage wird unterstrichen von den Gewinnschätzungen der Frankfurter BHF-Bank. Demnach sind die Erträge der großen Gesellschaften 1981 um etwa fünf Prozent zurückgegangen, während die Ertragsaussichten sich für 1982 wieder verbessert haben.

Tatsächlich sagen globale Ziffern über die Gewinnentwicklung zur Zeit wenig aus: Typisch ist eine starke Differenzierung der Ertragslage. Einige große Gesellschaften, so z. B. Daimler-Benz und die Großbanken, aber auch Energiekonzerne wie die RWE, hatten stabile oder sogar noch steigende Gewinne zu verzeichnen. Daher sind staatliche Maßnahmen, die auf eine globale Verbesserung der Ertragslage abzielen, auch aus diesem Grunde teuer und weitgehend unwirksam. So benötigt z. B. Daimler-Benz, eine Gesellschaft, die 1981 ihre Investitionen nach eigener Aussage „ohne Probleme finanzieren" konnte, bestimmt keine Investitionsprämie.

Die finanziellen Auswirkungen seien am Beispiel Daimler-Benz vorgeführt. Der Konzern tätigte im Durchschnitt der letzten drei Jahre Sachanlageninvestitionen in Höhe von jährlich 2,1 Milliarden DM. Geht man davon aus, daß 1982 Investitionen in Vorjahreshöhe durchgeführt werden, also von ungefähr 2,4 Milliarden DM, so könnte die Geschäftsleitung einen Investitionszuwachs gemäß den Bestimmungen des „Beschäftigungsprogramms" von 300 Millionen geltend machen und dafür eine Prämie von 30 Millionen einstreichen. Der Konzern kann sich dieses „Taschengeld" verdienen, obwohl die Investitionen real niedriger als im Vorjahr sind.

Außerdem kann davon ausgegangen werden, daß es der Geschäftsleitung gelingt, durch geschicktes Timing der Investitionsvorhaben die Prämiensumme für 1982 weiter hochzutreiben, ohne daß auch nur eine DM an echten zusätzlichen Investitionen durchgeführt werden muß.

Bei einer alternativen Verwendung dieser 30 Millionen z. B. durch Einstellungen im öffentlichen Dienst an sinnvoller Stelle könnten immerhin etwa 700 Arbeitsplätze für ein Jahr geschaffen werden. Gleichzeitig würden 700 Arbeitslose weniger die öffentliche Hand um etwa 18 Millionen DM entlasten.

2.2 Konzentration

Das Jahr 1981 war konzentrationspolitisch vor allem gekennzeichnet durch die hohe Zahl von Unternehmenszusammenbrüchen.

Insolvenzen und Fusionen

	1970	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Insolvenzen	4201	9195	9361	9562	8722	8319	9144	11653
Fusionen	305	448	453	554	558	602	635	

(Quelle: Presseberichte)

Ähnlich wie der Rückgang der Unternehmergewinne wird dieser Tatbestand von Regierungs- und Unternehmerseite dazu genutzt, die zu hohen Löhne und zu niedrigen Erträge, die schlechte Kapitalausstattung im Unternehmensbereich zu beklagen.

Wie wenig auch hier globale Aussagen zutreffend sind, zeigt eine Untersuchung der Bundesbank, die auf der Analyse von fast 22000 Unternehmensabschlüssen des Jahres 1980 beruht.

Eigenkapitalausstattung der Unternehmen

Jahresumsatz	Eigenmittel in % der Sachanlagen
unter 10 Mill.	49,7
10 bis 50 Mill.	67,3
50 bis 100 Mill.	84,8
über 100 Mill.	93,5
Alle Unternehmen	70,5

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 11/1981, S. 22)

Während die kleineren Unternehmen nur knapp die Hälfte ihrer Sachanlagen durch eigene Mittel finanzieren konnten, also in großem Umfang auf Kredite zurückgreifen mußten, decken die größeren Gesellschaften fast 100 Prozent ihres Anlagenbestands durch eigene Mittel. Hätte die Bundesbank die Gruppe mit Umsätzen von über 100 Millionen weiter differenziert, so wäre in der Spitzengruppe sicher ein noch höherer Deckungsgrad herausgekommen.

Infolgedessen spielt die Hochzinspolitik für die Unternehmen je nach Größe auch eine ganz unterschiedliche Rolle. So mußten 1980 Einzelkaufleute mit einem Jahresumsatz unter 10 Millionen DM 7,6 Prozent ihres Umsatzes an Kreditgeber in Form von Zinsen abführen, während Kapitalgesellschaften mit einem Umsatz über 100 Millionen nur mit 3,7 Prozent belastet waren. Zudem erzielten die großen Unternehmen Zinseinnahmen in Höhe von 2,6 Prozent ihrer Umsätze, während die kleinen Einzelkaufleute nur 0,6 Prozent verzeichnen konnten. Es muß daher festgehalten werden, daß die Hochzinspolitik der Bundesbank eine wichtige Ursache der Unternehmenszusammenbrüche und der Differenzierung im Unternehmenssektor ist. Sie belastet kostenmäßig praktisch ausschließlich die kleinen und mittleren Betriebe, während die großen Gesellschaften oft über so viel liquide Mittel verfügen, daß sie sich in großem Umfang selbst als Kreditgeber betätigen können und so von den hohen Zinsen noch profitieren. Auch hierfür ist Daimler-Benz ein Beispiel: 1980 erzielte der Konzern einen Zinsüberschuß von 374 Millionen DM. Er reichte aus – wie der Konzern selbst stolz unterstrich –, die gesamte Dividende zu finanzieren.

Während in den USA – offiziell gefördert durch die Reagan-Regierung – geradezu ein Boom an Großfusionen eingesetzt hat, wurden in der Bundesrepublik im angelaufenen Jahr relativ wenige Fälle von Großfusionen bekannt. Zu nennen ist die Beteiligung von Hochtief an der Holzmann AG, durch die der Konzentrationsprozeß im Baugewerbe vorangetrieben wird. Im Handelsbereich hat Karstadt seinen Anteil an Neckermann auf 90 Prozent erhöht. Die Beteiligung der Metro am Kaufhof, zunächst vom Bundeskartellamt untersagt, wurde schließlich von diesem doch erlaubt. Eine gesonderte Ministererlaubnis – gegen die Bedenken des Bundeskartellamtes – ermöglichte die Fusion der Maschinenbauunternehmen IHB Holding AG und Wibau AG. Auf eine Ministererlaubnis spekulieren auch die Verlagshäuser Springer und Burda, durch die Burda an Springer beteiligt werden soll. Das Bundeskartellamt hatte diese Fusion nicht erlaubt.

Von Bedeutung sind Veränderungen in der Elektroindustrie, eine Folge der anhaltenden Schwäche der AEG. Mannesmann und Bosch erwarben von der AEG Beteiligungen an zukunftsträchtigen Bereichen, darunter Telefonbau und Normalzeit (TN), der AEG-Telefunken Nachrichtentechnik (ATN) und den Olympia-Werken. AEG erhielt dafür liquide Mittel in Höhe von 600 bis 700 Millionen DM, um die extrem hohe Belastung mit Fremdkapital einschränken zu können.

Eingeleitet wurde 1981 die Gründung der „Ruhrstahl AG", die aus dem Zusammenschluß von Hoesch und Krupp entstehen soll. Sinn und Zweck dieses Vorgangs ist die Rationalisierung im Stahlbereich, wozu in großem Umfang öffentliche Mittel bereitgestellt werden. Von den rund 65000 Arbeitsplätzen, die noch 1980 bei den beiden Konzernen existierten, sollen bis 1985 mindestens 20000 verschwinden. Im Gespräch ist auch eine „Dreierlösung", bei der der bundeseigene Salzgitter-Konzern einbezogen wird. Dadurch würde der bisher umsatzmäßig größte Stahlkonzern der Bundesrepublik, Thyssen, auf den zweiten Platz verwiesen.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Lohnentwicklung hat sich im abgelaufenen Jahr deutlich verlangsamt. Die tariflich vereinbarten Löhne und Gehälter stiegen um mehr als ein Prozent langsamer an als im Jahre 1980, sie blieben klar hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurück.

Tariflohn- und -gehaltsniveau[1]

1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
+8,5	+5,9	+6,9	+5,6	+4,8	+6,6	+5,4

1 Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Zudem erhöhten sich auch die Belastungen aus Steuern und Sozialabgaben. Infolgedessen war ein deutlicher Rückgang der Reallöhne, das heißt der um die Inflationsrate bereinigten Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten, zu verzeichnen.

Löhne und Gehälter

	1979 Mrd. DM	1979 %[1]	1980 Mrd. DM	1980 %[1]	1981 Mrd. DM	1981 %[1]
Bruttolohn- und -gehaltssumme	625,1	+7,4	675,5	+7,9	705,0	+4,4
Nettolohn- und -gehaltssumme	443,2	+7,7	472,2	+6,4	490,4	+3,9
Je Beschäftigten (in DM)	20215	+5,9	21230	+5,0	22208	+4,6
Inflationsrate[2]	—	+4,1	—	+5,5	—	+5,9
Realeinkommen je Beschäftigten	—	+1,8	—	−0,5	—	−1,3
Arbeitsproduktivität[3]	—	+3,3	—	+1,0	—	+0,9

1 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
2 Lebenshaltung aller Haushalte
3 Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; eigene Berechnungen)

Bei einer Entwicklung entsprechend der Jahresprojektion der Bundesregierung würde es auch 1982 nochmals zu einem Rückgang der Reallöhne um etwa 1,5 Prozent kommen, wobei ein kräftiger Anstieg der Arbeitsproduktivität um zwei bis drei Prozent erwartet wird. Festzuhalten bleibt, daß die beklagte Verschlechterung der Ertragssituation der Unternehmen in keinem Zusammenhang mit der Lohnentwicklung steht. Denn über die ganzen siebziger Jahre hinweg stieg die Arbeitsproduktivität deutlich rascher als die Realeinkommen.

Arbeitsproduktivität und Realeinkommen 1971–1981

	Veränderung in Prozent
Arbeitsproduktivität[1]	+33,8
Realeinkommen[2]	+24,6

1 Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen
2 Nettolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten, preisbereinigt
(Quelle: Statistisches Taschenbuch, Arbeits- und Sozialstatistik, hrsg. v. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, lfd.; eigene Berechnungen)

Vor allem seit 1978 hat sich der Prozeß der Umverteilung beschleunigt. Denn seither haben die Reallöhne nicht mehr zugenommen, die Arbeitsproduktivität aber ist um mehr als fünf Prozent angestiegen.

Der ständige Verweis auf die angeblich immer noch zu hohen Tarifabschlüsse beinhaltet denn auch den Anspruch an die Arbeiter und Angestellten, in ihren Löhnen und Gehältern andere Belastungen aufzufangen: die Belastung durch rückläufigen Absatz, durch gestiegene Ölpreise und zu hohe Zinsen. Die Unternehmergewinne werden zum Maß aller Dinge erklärt, die Lohnpolitik hat danach die Aufgabe, eine ausreichende Kapitalverwertung zu sichern. Ihr wird jede selbständige Rolle abgesprochen, die Arbeiter und Angestellten haben sich demnach in ihren Ansprüchen an die jeweiligen Bedingungen der Kapitalverwertung anzupassen.

Bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung geht es also nicht bloß um Lohnprozente: Es geht auch darum, die Ansprüche und Bedürfnisse der arbeitenden Menschen als eigenständigen Faktor gegen die Profitinteressen des Kapitals zu stellen, sie zum Ausgangspunkt von wirtschaftlichen Entscheidungen zu machen. Eine aktive Lohnbewegung dient so nicht nur der Verteidigung der Einkommensinteressen der Arbeiter und Angestellten, sie unterstreicht auch politisch und sozialpsychologisch die Notwendigkeit, den „Menschen" – konkret: den arbeitenden Menschen – in den Mittelpunkt zu stellen.

3.2 Steuern

Die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand expandierten 1981 infolge der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung nur noch geringfügig. Nur die Massensteuern, die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer, nahmen noch deutlich zu, während die Steuern auf Gewinne und Selbständigeneinkommen kräftig zurückgingen.

Steuereinnahmen des Staates[1]

	1980 Mrd. DM	%	1981 Mrd. DM	%	1982[3] Mrd. DM	%
Insgesamt	377,7	+ 6,3	383,5	+1,5	402,5	+6,0
darunter:						
Lohnsteuer	111,6	+14,9	116,5	+4,5	124,9	+7,0
Umsatzsteuern[2]	93,5	+11,0	98,5	+5,5	103,0	+4,5
Veranlagte						
Einkommensteuer	36,8	− 2,0	33,5	−9,5	34,5	+4,0
Gewerbesteuer	27,1	+ 8,1	25,5	−6,0	25,5	+0,5
Körperschaftsteuer	21,3	− 6,9	20,0	−6,0	21,0	+4,0
Vermögensteuer	4,7	+ 4,1	4,5	−4,0	5,0	+8,5

1 Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
2 Vor allem Mehrwertsteuer
3 Schätzung des DIW
(Quelle: DIW-Wochenbericht 1/82)

Eine Entlastung der Löhne und Gehälter von der steuerlichen Seite hat 1981 trotz der „Reform" des Steuertarifs nicht stattgefunden. Wie in vorangegangenen „INFORMATIONEN..." dargestellt, wurden dadurch praktisch ausschließlich die Spitzeneinkommen begünstigt. 1982 sollen die Lohnsteuereinnahmen – bei einer angenommenen Zuwachsrate der Bruttolöhne – und -gehälter von 3,5 Prozent – wieder um sieben Prozent zunehmen, also doppelt so schnell. Die Steuerprogression verschärft sich also im laufenden Jahr wieder deutlich. Dagegen sollen die gewinnbestimmten Steuern 1982 nur langsam zunehmen, obwohl bei den Steuerprojektionen davon ausgegangen wird, daß es wieder zu einer kräftigen Expansion der Gewinne kommt.

Der Anteil der Abzüge (Lohnsteuer/Sozialabgaben) am Bruttoeinkommen der Arbeiter und Angestellten soll durchschnittlich um ein Prozent zunehmen, von 30,5 auf 31,5 Prozent. 1970 waren es erst 22,7 Prozent gewesen.

Diese Belastungserhöhung ist nicht etwa mit einer Verbesserung der sozialen Leistungen verbunden, erhöht also nicht den gesellschaftlichen auf Kosten des privaten Konsums. Sie ist allein Folge einer Umverteilung der Lasten zugunsten der gewinnbestimmten Einkommen, also eine staatlich organisierte Form der Einkommensumverteilung. Es ist daher voll berechtigt, diese Faktoren in die Tarifbewegung einzubeziehen und entsprechend höhere Forderungen aufzustellen.

3.3 Preise

Entgegen den Prognosen, die für 1981 eine laufende Preisberuhigung erwartet hatten, hat sich die Inflation im abgelaufenen Jahr bis zum Jahresende hin laufend beschleunigt. Nun wird die Preisberuhigung für das laufende Jahr erwartet. Allerdings wird im Jahresdurchschnitt immer noch ein Anstieg des Lebenshaltungsindexes um fünf Prozent prognostifiziert.

Ausgewählte Preisindizes[1]

	Lebenshaltung	Industriepreise	Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	Einzelhandelspreise	Importpreise
1975	+6,0	+ 4,7	+13,3	+5,4	− 1,7
1976	+4,3	+ 3,9	+11,9	+3,5	+ 6,7
1977	+3,7	+ 2,6	− 4,5	+3,8	+ 1,6
1978	+2,7	+ 1,2	− 5,4	+2,4	− 5,2
1979	+4,1	+ 5,0	+ 2,1	+4,3	+12,9
1980	+5,5	+ 7,6	+ 1,7	+5,4	+17,1
1981	+5,9	+ 7,7	+ 6,0	+5,3	+14,0

1 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Die aktuelle Situation wird immer noch von Preisauftriebstendenzen bestimmt, die zu einem erheblichen Teil mit der Erhöhung öffentlicher Gebühren zusammenhängen. Dies ist eine Strategie der öffentlichen Hand, mit der viele Leistungen „kostendeckend" gestaltet werden sollen. Auf diese Art findet eine heimliche „Privatisierung" statt: Zwar werden die Leistungen weiterhin in öffentlicher Regie erbracht, aber nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen.

Lebenshaltungsindex 1981/82

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat	Vorjahr
Juli	+0,4	+5,8
August	+0,3	+6,0
September	+0,5	+6,5
Oktober	+0,3	+6,7
November	+0,5	+6,6
Dezember	+0,3	+6,3
Januar	+0,9	+6,3

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

Die Einfuhrpreise sind – vor allem infolge der Aufwertung der DM gegenüber dem Dollar – seit September gesunken. Immerhin lagen sie im Dezember 1981 noch um etwa 9 Prozent über dem Vorjahresstand. Auch für das ganze Jahr 1981 ist eine gewisse Preisberuhigung bei den Importpreisen zu registrieren, ohne daß sich das positiv auf den Lebenshaltungsindex ausgewirkt hätte.

Hinzu kommt, daß die Weltmarktpreise für Rohstoffe 1981 nur noch wenig gestiegen sind. In den letzten drei Quartalen von 1981 war die Tendenz sogar rückläufig. Dies betrifft auch die Rohölpreise. Diese sind im Januar 1982 gegenüber dem Vormonat nochmals um fast 2 Prozent gesunken. Das gesamte Rohstoffpreisniveau war im Januar 1982 – auf Dollarbasis – etwa 3 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahresmonat.

Während die Einfuhrpreise in der letzten Zeit eher preisstabilisierend gewirkt haben, sind die Lebensmittelpreise nunmehr kräftig angestiegen. Der Vorjahresstand wurde teilweise schon stärker übertroffen als bei der Gesamtlebenshaltung. Dies gilt auch für Benzin und Heizöl, obwohl die Benzinpreise in den letzten Monaten wieder zurückgegangen waren.

Die Mieten werden in absehbarer Zeit einen kräftigen Sprung nach oben machen, dafür sorgen nicht nur die Beschlüsse der Bundesregierung im Rahmen des „Beschäftigungsprogramms", die Diskussion über die Mieten hat allgemein die Hausbesitzer zu Mieterhöhungen geradezu ermuntert. Preistreibend wirkt auch die von der Bundesregierung durchgeführte Zinserhöhung für Althypotheken im sozialen Wohnungsbau.

Die aktuelle Entwicklung und die angekündigten Preiserhöhungen – darunter die Auswirkungen der erneuten Preiserhöhung der Bahn zum Februar, die Steuererhöhungen für Tabak und Alkohol zum Juli, die Heraufsetzung der Postgebühren – lassen einen preispolitischen Optimismus nicht zu. Zwar spricht die Stabilisierung der Importpreise für eine Verlangsamung, dafür beschleunigen sich die inländischen Preisauftriebstendenzen. Insgesamt kann also damit gerechnet wer-

Ausgewählte Verbraucherpreise

Rindfleisch	+ 7,2
Schweinekotelett	+ 8,0
Salami	+ 8,8
Milch	+ 5,3
Eier	+ 5,2
Brot	+ 5,8
Kaffee	+ 8,7
Kartoffeln	+21,8
Benzin	+10,3
Heizöl	+19,9
Gas	+18,7
Strom	+ 7,9
Wohnungsmiete	+ 4,9

(Quelle: Frankfurter Allgemeine vom 9. 2. 1982)

den, daß die Inflationsrate für die kommenden Monate wenig Veränderungen aufweisen wird. Für die Tarifabschlüsse ist davon auszugehen, daß die zu erwartende Inflationsrate mindestens auf Vorjahreshöhe, also bei etwa 6 Prozent, liegen wird.

3.4 Einkommensverteilung

Obwohl die Reallöhne 1981 deutlich gesunken sind, stärker als das Volkseinkommen, hat sich die Lohnquote, das heißt der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, erhöht. Dies wird von Unternehmerseite lebhaft beklagt. Es ist aber nicht Folge zu hoher Löhne, sondern ein Ergebnis der zyklischen Krise, die zunächst vorwiegend die Gewinne schmälert.

Lohnquoten[1]

	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit: Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote[2]	Nettolohn- und -gehaltssumme: Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote[2]
1950	58,4	58,4	45,4	45,4
1960	60,4	53,4	43,6	38,5
1970	67,8	55,7	44,4	36,5
1971	69,1	56,4	44,3	36,2
1972	69,5	56,5	44,3	36,0
1973	70,7	57,3	43,2	35,0
1974	72,6	58,9	43,5	35,3
1975	72,3	58,6	43,1	34,9
1976	71,3	57,5	41,1	33,3
1977	71,5	57,5	40,9	32,9
1978	71,0	56,8	40,9	32,7
1979	70,9	56,5	40,9	32,6
1980	72,2	57,2	41,1	32,6
1981	73,3	58,0	41,4	32,7

1 Anteil der Einkommen der Lohnabhängigen am Volkseinkommen
2 Bereinigt auf Grundlage der Beschäftigtenstruktur von 1950
(Quelle: „Informationen..." 1/1980; DIW-Wochenbericht Nr. 1/1982; eigene Berechnungen)

Vergleicht man die Krisenjahre 1980/81 mit den Krisenjahren 1974/75, so liegt die bereinigte Bruttolohnquote immer noch wesentlich niedriger. Geht man von den Nettolöhnen- und -gehältern aus, so ist – gemessen an der bereinigten Nettolohnquote – auch in den Krisenjahren 1980/81 kein Anstieg zu verzeichnen.

Außerdem wurde schon oben darauf verwiesen, daß die Entwicklung sich schon zur Jahresmitte 1981 wieder umgekehrt hat, in saisonbereinigter Betrachtung war die Bruttolohnquote (unbereinigt) im vierten Quartal 1981 mit 73,1 Prozent schon wieder ein halbes Prozent niedriger als im vierten Quartal 1980.

3.5 Tarifaktionen

Bis zum Redaktionsschluß war in den maßgebenden Bereichen für die Tarifrunde 1982 noch kein Abschluß sichtbar. Allerdings zeigten die letzten Abschlüsse im Jahre 1981 und die ersten Abschlüsse im neuen Jahr in mehreren kleineren Tarifbereichen, daß mit einer durchschnittlichen Höhe zwischen 4,5 und 5,0 Prozent noch nicht einmal die Inflationsrate ausgeglichen werden kann.

In Baden-Württemberg kam es zu einem Streik in der holzverarbeitenden Industrie sowie im Schreiner- und Glaserhandwerk. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff konnte durchsetzen, daß die Tariflöhne am 1. Januar 1982 um 4,7 Prozent und die Tarifgehälter um 4,6 Prozent erhöht werden. Die Ausgangsforderung der Gewerkschaft hatte 7,5 Prozent betragen. Die Unternehmer, die zuerst nur 1,5 Prozent angeboten hatten, ließen die Verhandlungen scheitern und lehnten auch einen Schiedsspruch von durchschnittlich 4,4 Prozent Erhöhung ab.

Am 15. Januar begannen erste Warnstreiks. Am 18. Januar gingen dann die ersten Betriebe in den unbefristeten Streik: am 20. Januar sind es 11 Betriebe mit 3000 Beschäftigten und am 22. Januar schon 25 Betriebe mit 4600 Beschäftigten. Nach einwöchigen Streiks boten die Unternehmer dann das oben genannte Ergebnis an, dem 58 Prozent der Abstimmungsberechtigten in einer Urabstimmung zustimmten.

Im öffentlichen Dienst, in dem normalerweise erst die Lohn- und Gehaltsrunde nach dem Auslaufen des gültigen Tarifvertrages Ende Februar beginnen kann, kam es zu Auseinandersetzungen um die Absicht des staatlichen „Arbeitgebers", eine einprozentige Einkommenskürzung bei den Zulagen vorweg durchzusetzen. Nachdem die ÖTV in Vorbereitung von Warnstreiks und Urabstimmungen im Januar getreten war, verschob der staatliche „Arbeitgeber" die geplanten Kürzungen auf die regulären Verhandlungen. Die ÖTV wertete dies als Erfolg bei der Verteidigung der Tarifautonomie.

Tarifabschlüsse Dezember 1981 / Januar 1982

Gewerkschaft	Tarifbereich (Betroffene)	Abschluß	Inhalt
IGM	Heizungsindustrie		
	Saarland (4000)	Dezember	4,7 %
	Westberlin (1000)	Dezember	5,0 %
NGG	Fleischerhandwerk		
	Bayern (29100)	Dezember	ca. 4,7 %
GHK	Möbelhandwerk		
	Bayern (6000)	Dezember	4,5 %
ÖTV	Friseurhandwerk		
	Hessen (8300)	Dezember	ca. 4,3 %
NGG	Hotel- u. Gaststättengewerbe		
	Bremen (5800)	Dezember	5,0 %
	NRW (83000)	Januar	ca. 4,5 %
GHK	Holzverarbeitende Industrie		
	Westfalen-Lippe (50000)	Januar	4,7 %
	Baden-Württemberg (45400)	Januar	4,7 %
IGM	Metallhandwerk		
	Westberlin (12000)	Januar	ca. 4,7 %

(Quelle: Archiv Soziale Bewegungen)

Für die metallverarbeitende Industrie hatte die IG Metall Einkommensverbesserungen im Volumen von 7,5 Prozent gefordert. In den meisten Tarifbezirken wurde die Lohnforderung mit Strukturverbesserungen für die unteren Einkommensgruppen gekoppelt, in Form von Sockel- oder Mindestbeträgen. Angesichts der Preissteigerungsrate von über 6 Prozent sowie erhöhten Sozialabgaben könnte allerdings auch nur die volle Durchsetzung der Forderung die Realeinkommen annähernd sichern. Die Unternehmer boten in den ersten Verhandlungen im Januar Lohnerhöhungen von nur 3 Prozent an ab dem 1. Mai, das heißt also nach einer dreimonatigen Lohnpause von Februar bis April. Nach der „Westrick-Formel" auf die Laufdauer umgerechnet wären dies lediglich 2,4 Prozent. Auch wenn die Unternehmer später in den regionalen Verhandlungen die Lohnpause reduzierten, blieben sie bei ihrem Ziel, die Realeinkommen beachtlich zu senken und jede Form einer sozialen Komponente abzulehnen. Zur Durchsetzung ihres Lohndiktats erklärten die Unternehmer Ende Februar in mehreren Tarifbezirken die Verhandlungen für gescheitert und riefen die Schlichtung an. Der IG-Metall-Vorstand beschloß am 22. Februar, sich diesem Schritt anzuschließen. Nach dem Auslaufen der Friedenspflicht Ende Februar ist die IG Metall in der Lage, mit Warnstreiks ihren Druck in der Tarifauseinandersetzung zu erhöhen.

Zahlreiche andere Gewerkschaften wie die HBV, IG Druck und Papier u. a. orientierten sich in der Höhe der Lohnforderungen offensichtlich an der der IG Metall. Ein ausgesprochen sozialpartnerschaftlicher Kurs auch in der Lohnpolitik wurde von der Gewerkschaft Textil–Bekleidung und der IG Chemie-Papier-Keramik eingeschlagen. Die GTB propagiert das Konzept eines Investivlohnes, um den Unternehmern durch eine investive Verwendung der Einkommenszuwächse zu helfen. Die IG CPK grenze sich vom „allgemeinen Kampfgeschrei" um höhere Einkommen ab und strebe einen Kompromiß „zwischen so unterschiedlichen Zielen wie etwa Arbeitsplatzsicherung, Erhaltung und möglichst Vergrößerung der Realeinkommen" an.

Die IG Druck und Papier wies darauf hin, daß unter den derzeitigen politisch-ökonomischen Bedingungen und den erschwerten Durchsetzungsmöglichkeiten jede Einzelgewerkschaft ihr Ziel der Reallohnsicherung nur durch den Einsatz der gesamten gewerkschaftlichen Kraft unter Einschluß einer vom DGB koordinierten Tarifpolitik mit wechselseitiger Unterstützung bei Aktionen erreichen könne. Die Tarifverhandlungen sollten durch zusätzliche Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit in den Betrieben begleitet werden, um auch nach den Tarifabschlüssen die Handlungsfähigkeit der Organisation zu sichern.

3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Beschäftigung ist im abgelaufenen Jahr 1981 erstmals wieder seit 1976 zurückgegangen. Der Beschäftigungshöhepunkt vor der Krise 1974/75 wurde jedoch auch 1980, dem Höhepunkt vor der andauernden Krise, nicht erreicht. Sie war etwa 270 000 Personen oder 1,5 Prozent niedriger.

Erwerbstätigkeit

	1980		1981		1982[1]	
	In 1000	%	In 1000	%	In 1000	%
Erwerbstätige	25741	+0,9	25505	−0,9	25180	−1,5
darunter: Abhängig Beschäftigte	22242	+1,3	22082	−0,7	21825	−1,5

1 Schätzung des DIW
(Quelle: DIW-Wochenbericht 1/82)

Zur Zeit ist die Tendenz weiter rückläufig, für 1982 wird mit einem Beschäftigungsabbau von etwa 300 000 Personen, also ungefähr um 1,5 Prozent gerechnet. Da gleichzeitig mehr neue Erwerbspersonen auf den Arbeitsmarkt drängen als aus dem Erwerbsleben ausscheiden, öffnet sich die Schere zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt weiter.

Im Winter 1981/82 wurde daher die Zweimillionenmarke bei den registrierten Arbeitslosenzahlen nahezu erreicht. Zwischen Januar 1980 und Januar 1981 registrierten die Arbeitsämter etwa vier Millionen Arbeitslosmeldungen. Selbst wenn man einkalkuliert, daß dabei viele Personen mehrfach betroffen waren, ist davon auszugehen, daß im abgelaufenen Jahr etwa jeder fünfte Arbeiter oder Angestellte mindestens einmal arbeitslos geworden ist. Bemerkenswert ist auch, daß neben den „Randgruppen" (Jugendliche, Ältere, Behinderte, Frauen, Unqualifizierte – nebenbei: diese „Randgruppen" stellen die große Mehrheit der Lohnabhängigen) nun auch verstärkt qualifizierte Facharbeiter arbeitslos werden.

In mehreren Landesarbeitsamtsbezirken erreichte oder überschritt die Arbeitslosenquote die 10 Prozent: in Niedersachsen-Bremen und in Nordbayern, auch im Saarland. In traditionell strukturschwachen Arbeitsamtsbezirken Niederbayerns und Ostfrieslands wurden sogar Quoten von 20 Prozent und mehr registriert.

Aber auch in industriellen Ballungszonen des Ruhrgebiets (Dortmund, Gelsenkirchen) und in Köln erreichte die Quote 10 Prozent.

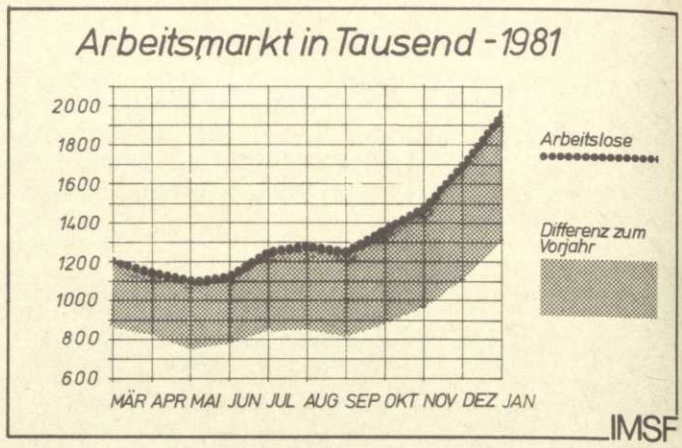
Arbeitsmarkt

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	1309	+272	402	+304	228	− 54
Februar	1300	+307	374	+272	239	− 74
März	1210	+334	405	+311	247	− 90
April	1146	+321	360	+268	242	−104
Mai	1110	+343	340	+248	242	−101
Juni	1126	+345	317	+231	236	−117
Juli	1246	+393	221	+136	219	−116
August	1289	+424	167	+124	206	−118
September	1256	+434	268	+130	176	−123
Oktober	1366	+478	367	+178	155	−120
November	1490	+522	436	+172	132	−114
Dezember	1704	+586	506	+149	118	−108
Januar	1950	+641	539	+137	122	−106

(1) In 1000 Personen (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Für das Jahr 1982 wird ein Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit von 1,272 Millionen im Jahre 1981 auf 1,7 Millionen erwartet. Hinzuzurechnen wäre eine „stille Reserve" nichtregistrierter Arbeitsloser von mehr als 800 000, so daß schon im laufenden Jahr die tatsächliche Arbeitslosigkeit mindestens 2,5 Millionen erreichen wird.

Der rasche Anstieg der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten, die Existenz regionaler Schwerpunkte und die Tatsache, daß praktisch alle Beschäftigtengruppen betroffen sind, hat die Duskussion über die



Notwendigkeit beschäftigungspolitischer Maßnahmen belebt. Obwohl die Bundesregierung es noch vor wenigen Monaten kategorisch abgelehnt hatte, ein „Beschäftigungsprogramm" durchzuführen, legte sie nun eigene Vorschläge vor. Dies ist sicher als ein Einlenken vor allem gegenüber gewerkschaftlichen Forderungen zu bewerten, ein Zugeständnis, das sich allerdings nur auf das Etikett „Beschäftigungsprogramm" bezieht. Denn inhaltlich haben die Maßnahmen wenig mit „Beschäftigungspolitik", aber viel mit Gewinnförderung zu tun. Insofern ist das „Beschäftigungsprogramm" nichts anderes als eine Fortsetzung der Rotstiftpolitik, der „Operation '82".

Die Eckpunkte des Programms sind:

- Eine zehnprozentige Investitionszulage auf alle Investitionen, die den Durchschnitt der letzten drei Jahre übersteigen.
- Zusätzliche Zinsvergünstigungen für kleine und mittlere Unternehmen.
- Zusätzliche öffentliche Bauausgaben in Höhe von 800 Millionen (bis 1985).
- 400 Millionen für Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (bis 1985).
- Erleichterung von Mieterhöhungen.
- Erhöhung der Mehrwertsteuer um ein Prozent ab Mitte 1983.
- Beteiligung der Rentner an der Krankenversicherung in Höhe von einem Prozent ab 1983.

Sieht man einmal von den geringfügigen zusätzlichen öffentlichen Investitionen und der geradezu lächerlichen finanziellen Ausstattung des Maßnahmepakets für jugendliche Arbeitslose (jährlich 100 Millionen) ab, so besteht das Programm in einer Subventionierung der investierenden Unternehmen auf Kosten der Masseneinkommen, wobei die Erhöhung der Mehrwertsteuer besonders unsozial wirkt, weil sie auch die kleinsten Einkommen belastet. Zwar ist für 1984 eine erneute „Reform" des Lohn- und Einkommensteuertarifs vorgesehen, dies aber wird wiederum vorwiegend den oberen Einkommensgruppen zugute kommen.

Voraussichtlich wird das Programm noch einige Veränderungen erfahren, da die CDU/CSU im Bundesrat Opposition angemeldet hat. Die zu erwartenden Veränderungen werden – wie auch bei der „Operation '82" – die unsozialen Auswirkungen noch vergrößern. Den Unternehmern mißfällt an dem Programm nicht nur das Etikett, sondern auch die Tatsache, daß die Investitionsprämie zeitlich begrenzt ist. Sie hätten lieber eine dauerhafte Senkung der Gewinnsteuern.

Beschäftigungspolitische Auswirkungen können in positiver Richtung von dem Programm kaum erwartet werden. Wie bereits oben gezeigt, wird der „Freisetzungsprozeß" über Rationalisierungsinvestitionen eher beschleunigt.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg und Klaus Pickshaus, 6000 Frankfurt am Main
Der Abschnitt 1.1 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 18. 2. 1982. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 36,– DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,– DM, Jahresabonnement 12,– DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.